

KANZLERWORTE

Scholz-Nebel zur Haushaltskrise

Börsen-Zeitung, 29.11.2023
wf Berlin – Wer von Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung Richtungangaben zur Haushaltskrise erwartet hat, der irrt weiter im Nebel der Kanzlerworte herum. Dass die Ampel erst in diesem November den Bundestag eine Notlage feststellen lassen will, die schon zwölf Monate vorher bestand, fand Scholz nicht ungewöhnlich. Die Regierung hat allerdings kaum andere Möglichkeiten, wenn sie den Etat 2023 noch verfassungsfest machen will. Für das entscheidende Jahr 2024 sagte Scholz alles und nichts. In Richtung FDP versprach er, Ausgaben zu kürzen, in Richtung Grüne, Investitionen in die Modernisierung Deutschlands hoch zu halten. An Bürger und Unternehmen versuchte Scholz, beruhigende Worte zu senden. Welche staatliche Förderung kommt oder gestrichen wird, ließ er aber ebenso offen wie seine Haltung zur Schuldenbremse. SPD und Grüne würden die am liebsten reformieren, damit der Ausgabenspielraum deutlich steigt – und bis dahin Notlagen ausrufen. Die FDP hält an der Schuldenbremse fest. Der Ampel steht neuer Richtungsstreit ins Haus. Und Scholz? Hält sich einmal mehr bedeckt.

HVB-UMFIRMIERUNG

Die neue Unicredit Bank GmbH

Börsen-Zeitung, 29.11.2023
sck München – Was erlauben Andrea Orce! Das könnte mancher traditionsbewusste Mitarbeiter der HypoVer-einsbank (HVB) dem Unicredit-CEO zurufen in Anlehnung an eine Wutrede des früheren FC-Bayern-Trainers Giovanni Trapattoni. 18 Jahre nach der Übernahme der HVB durch Unicredit bereitet die italienische Großbank die Umfirmierung der Münchner Geschäftsbank von einer AG in eine GmbH vor. Die Mailänder begründen den Schritt damit, den Aufwand zu reduzieren. In der Tat ist eine Hauptversammlung der HVB – korrekt: Unicredit Bank AG – bei nur einem Eigentümer obsolet. Orce! betrifft mit seinem Plan Neuland. In Deutschland ist so etwas unüblich, trotz eines „Einvernehmens“ mit der zuständigen Aufsicht, wie die HVB angibt. Dies ändert zwar nichts an der Zusammensetzung des Aufsichtsrats und des Vorstands. Das Führungsorgan wird aber unter der neuen Unicredit Bank GmbH zu einer Geschäftsführung. Mit Blick auf die Vorgeschichte hätte Unicredit diesen Einschnitt viel früher umsetzen können. Orce!, seit 2021 an der Konzernspitze, stößt Themen an, die das Geldhaus vernachlässigte.

DEUTSCHE KONJUNKTUR

So wird das nix mit dem Konsum

Börsen-Zeitung, 29.11.2023
ba Frankfurt – Wenn die Reallöhne im Zuge der rückläufigen Inflation und kräftiger Lohnsteigerungen zulegen, springt der Privatkonsum wieder an und damit die Gesamtwirtschaft. So das Narrativ der jahreszeitgemäß frisch vorgelegten Herbstprognosen. Der hierzulande lebende Otto Normalverbraucher handelt nur leider nicht immer so, wie es die Volkswirte gerne hätten. Das kann man ihm bei der Aneinanderreihung von Krisen auch nicht verdenken. Da kann der Jobmarkt noch so robust sein – wenn sich bei großen und kleinen Firmen quer durch die Branchen eine Sparprogrammankündigung an die andere reiht und der eigene Chef mit Gehaltserhöhungen geizt, steht einem nicht der Sinn nach großen Anschaffungen. Ebenso wenig, wenn bereits mehr als die Hälfte des Budgets für Wohnen und Essen draufgeht und unklar ist, wie es mit den Miet- und Energiepreisen weitergeht. Vom aktuellen Haushaltschaos mit den unklaren Folgen ganz zu schweigen. Bei der Unsicherheit siegt eher ein Lama auf der Pferderennbahn, als dass ein Konsumfeuerwerk entsteht.

NEUE CHIPFABRIKEN

Drohkulisse für Standort D

Es sind immer die gleichen Reflexe aus Wirtschaft und Landespolitik, wenn es um Mittel der öffentlichen Hand geht. Wenn Vater Staat den Geldhahn zudreht, ist das Geschrei der Betroffenen groß. Dann wird argumentiert, dass der Standort Deutschland gefährdet sei, da öffentliche Fördertöpfe für notwendige Investitionen der Industrie fehlten.

Im aktuellen Fall der von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) verhängten Haushaltssperre für den Klima- und Technologiefonds (KTF) als Reaktion auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts steht außer Frage, dass die Situation heikel ist. Als Zwischenlösung für das Dilemma bringt die Bundesregierung einen Nachtragshaushalt für 2023 ins Spiel, nachdem das oberste Gericht die Umwidmung der 60 Mrd. Euro aus dem KTF als verfassungswidrig deklariert hat.

Der finanz- und haushaltspolitische Scherbenhaufen, vor dem die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP in Berlin nach dem Verdikt aus Karlsruhe steht, bedeutet aber nicht den drohenden Untergang des Standorts Deutschland für die Hightech-Industrie, wie manche Landespolitiker und manche Interessenvertreter von Wirtschaftszweigen in der Öffentlichkeit suggerieren. Ein herausragendes Beispiel dafür ist die Chipbranche. Bei diesem Thema tun sich derzeit insbesondere Reiner Haseloff (CDU), der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, und Silicon Saxony, ein als Verein agierendes Interessennetzwerk von Hightech-Unternehmen, in der Öffentlichkeit hervor. Adressen wie u.a. ASML, Bosch, Infineon und NXP sind Mitglieder von Silicon Saxony. Sowohl Haseloff aus Magdeburg als auch die Lobbyisten aus Dresden bauen eine Drohkulisse für Ostdeutschland auf, indem sie behaupten, dass die Neuansiedlung von Großkonzernen gefährdet sei, wenn vom Bund zugesagte Fördermittel in Milliardenumfang aus dem KTF nicht mehr freigegeben werden können.

Konkret geht es insbesondere um die geplanten Fabriken des Chipherstellers Intel aus den USA bei Magdeburg und um den Auftragsfertiger TSMC aus Taiwan in Dresden. Von der von den Amerikanern

Befürchtet wird, dass die Haushaltssperre den Bau von Chipwerken in Deutschland gefährdet. Die Drohkulisse ist übertrieben.



VON STEFAN KRONECK

angekündigten Investitionssumme von 30 Mrd. Euro will der Bund fast 10 Mrd. Euro beisteuern. Bei den Taiwanern ist es mit 5 Mrd. Euro Steuergeldern die Hälfte der Gesamtinvestition von 10 Mrd. Euro. Es steht außer Frage, dass die Entscheidungen der Konzernführungen, in den beiden ostdeutschen Landeshauptstädten zwei neue Werke zu errichten, für die Region von herausragender wirtschaftlicher Bedeutung sind. Die Kritik mancher Ökonomen, dass sich Berlin dabei gegenüber Intel und TSMC erpressbar machte und Zusagen im Übermaß traf, ist nachvollziehbar.

Der von der EU in Brüssel zuvor ausgerufenen Chips Act mit dem Ziel, die europäische Halbleiterindustrie im Wettbewerb mit den USA und China zu stärken, lockte Intel und TSMC in die größte Volkswirtschaft der Gemeinschaft. Denn je höher die Fördermittel in einem Land sind, desto größer sind die Anreize für Firmen, sich dort niederzulassen. Die EU-Kommission verzichtet im Gegenzug auf die üblichen strengen Beihilfeverfahren gegen Mitgliedstaaten. Zu beachten ist, dass nur ein Teil der Fördermittel für beide Werke aus dem KTF stammen. Legt man ein Drittel als Grundlage, wären das bei Intel 3,3 Mrd., bei TSMC 1,7 Mrd. Euro. Kaum zu glauben, dass der Bund diese Lücke nicht schließen könnte.

Vor diesem Hintergrund handelt es sich um keine Sonntagsreden, wenn Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) versprechen, die Abmachungen mit Intel und TSMC einzuhalten. Beide Spitzenpolitiker setzten ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel, wenn sie beide Projekte ad acta legten. Im Juni 2024 wird das Europäische Parlament neu gewählt, im September der sächsische Landtag. Das sind Gradmesser auch für die politische Großwetterlage in der Bundeshauptstadt. In dieser angeheizten Stimmung tun beide Konzerne gut daran, sich aus dieser öffentlichen Debatte herauszuhalten. Schließlich basieren Entscheidungen für Standorte auf langfristigen strategischen Konzepten. Im globalen Wettstreit um die Technologien der Zukunft sollte das auch Handlungsmaxime für die Ampel-Koalition sein.

Börsen-Zeitung, 29.11.2023

LUFTFAHRT

Viel Lärm um (fast) nichts

VON LISA SCHMELZER

Über das Timing lässt sich nicht meckern. Kurz bevor die UN-Klimakonferenz in Dubai startet, geht ein mit nachhaltigem Flugbenzin betankter Jet auf die Reise über den Nordatlantik. Seht her, so die Botschaft, die Luftfahrt kann klimafreundlich. Klar kann sie, wenn fossiles Kerosin ersetzt wird durch nachhaltiges Flugbenzin, das mit Hilfe von regenerativer Energie hergestellt wurde. Kann sie aber nur theoretisch, denn von dem umweltfreundlichen Stoff ist noch viel zu wenig vorhanden. Was derzeit an Sustainable Aviation Fuel (SAF) hergestellt wird, steht gerade mal für 0,1% des weltweiten Kraftstoffverbrauchs der Fluggesellschaften. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass in den Tank der Boeing 787 von Virgin Atlantic am Dienstag ein Großteil der gesamten weltweiten Tagesproduktion von SAF geflossen ist, damit der Flieger von London nach New York fliegen konnte.

In dieser Gemengelage könnte der klimafreundliche Flug ein Menetekel für die Klimakonferenz sein, die am Donnerstag startet. Denn auch bei diesen Veranstaltungen wird leider allzu häufig viel Lärm um (fast) nichts gemacht. Ideen für eine grüne Transformation gibt es zwar zuhauf, allerdings scheitern sie oft an den Details. Wie im Beispiel aus der Luftfahrt: Die Flieger können zwar ohne Probleme mit dem umweltfreundlichen Treibstoff betankt werden, aber SAF ist Mangelware. Also wird weiterhin umweltschädliches Kerosin verfeuert. Im Übrigen gibt es auch deshalb nicht genug Bio-Jetfuel, weil es zu wenig nachhaltige Energie gibt. Der Chef der Deutschen Lufthansa, Carsten Spohr, rechnete kürzlich vor, dass allein seine Fluggesellschaft die Hälfte der gesamten deutschen Stromproduktion verbrauchen würde, um ihre Flotte auf grüne Kraftstoffe wie E-Kerosin umzustellen –

hört sich nicht nach einem tragfähigen Konzept an.

Nachhaltiges Kerosin ist im Übrigen derzeit auch noch drei- bis fünfmal so teuer wie das fossile Pendant. Wer weiß, was schon ein Ölpreisanstieg von wenigen Prozent für die Ausgabenposition einer Airline bedeutet – Treibstoff ist häufig neben Personal der größte Kostenblock –, dem fehlt die Fantasie, wie ein solcher Aufwand gestemmt werden kann. Zumal in einer dermaßen margschwachen Industrie. Bleibt der Ruf nach „politischer Unterstützung“, der natürlich auch aus der Luftfahrtbranche schallt. Geld kann allerdings von der Politik nur einmal ausgegeben werden, die Frage bleibt, wofür. Auch hierfür wird es bei der Klimakonferenz viele Ideen geben, der Luftverkehr, selbst wenn er mit SAF unterwiesen ist, genießt dabei sicher keine Priorität.

Börsen-Zeitung, 29.11.2023

NOTIERT IN MAILAND

Gegen die Entvölkerung

VON GERHARD BLÄSKE

Ein Projekt, das auch mit Mitteln aus Europa gefördert wird, ist „Roots“. Ziel ist es, das Potenzial der 80 Mill. Auslandsitaliener zu nutzen, die teilweise vor Jahrzehnten nach Argentinien, Brasilien, Australien, in die USA, nach Deutschland oder Frankreich ausgewandert sind, aber ihre Wurzeln in Italien haben. In Matera in der süditalienischen Region Basilicata wurde in einer zweitägigen Veranstaltung darüber diskutiert, wie dieses Potenzial genutzt werden kann. Die Hoffnung: Die Auswanderer bzw. ihre Abkömmlinge mögen die oft verlassenen Dörfer wiederbeleben oder gar wiederbevölkern. Ein Großteil der Emigranten stammt aus ländlichen Zonen.

In Matera waren sich die Teilnehmer einig, dass viele der Dörfer „unschätzbare Schätze“ bergen, wie der Fernsehmoderator Beppe Convertini sagte. Doch viele Dörfer sind „Museen der geschlos-

senen Türen“, so der Schriftsteller Franco Arminio. Viele Häuser sind verlassen, verfallen. Es fehlen Unterkünfte, Einzelhandel, Einwohner. Der Traum, hier digitale Nomaden anzusiedeln, ist deshalb oft unrealistisch – unabhängig davon, dass viele Dörfer schlecht an das Verkehrsnetz angebunden sind, schlechte Internetverbindungen haben und es keine Schulen gibt. Allein das gute Essen und ein mildes Klima reichen nicht aus. Und im Winter ist es trist in den oft einsam liegenden Orten.

„Wir müssen die richtigen Bedingungen schaffen“, sagt Alberto Mattei, Präsident der Vereinigung der digitalen Nomaden Italiens, der selbst in einem kleinen Küstenort im Süden Siziliens lebt. Im Mietrecht seien, mit Ausnahme von Urlaubswohnungen, keine temporären Verträge vorgesehen. Und an der Küste konkurrierten die digitalen Nomaden mit den Touristen. Er selbst müsse

im Sommer aus seiner Wohnung ausziehen, weil die Touristen dann das zigfache seiner Miete bezahlten.

Der Tourismus mit oft schlecht bezahlten und wenig qualifizierten Jobs allein kann keine Lösung sein. Viele Orte sind von September bis Juni verödet. Die einheimische Bevölkerung muss sich dann mit Sozialhilfe oder Gelegenheitsjobs über Wasser halten. An Touristen-Hotspots wie Venedig, wo 47.000 Gästebetten 46.000 Einwohnern gegenüberstehen, zeigen sich andere negative Begleiterscheinungen. Immer mehr Einheimische verlassen ihre Stadt, weil die Kosten zu hoch sind. Sie vermieten oder verkaufen ihre Wohnungen an Touristen.

Es gibt positive Beispiele wie die Langhe in Piemonte, wo durch Weinanbau, den Süßwarenhersteller Ferrero, Kleingewerbe und Tourismus Wohlstand eingekehrt ist. Gleiches gilt für Venetien, lange Zeit Auswandererregion und heute eine der wirtschaftlich stärksten Regionen Italiens. In Vasanello in der Provinz Viterbo (Latium) hat sich aufgrund der Privatinitiative einiger Norweger, die den Ort entdeckt hatten, ein sanfter Tourismus entwickelt, der die lokale Bevölkerung aktiv mit einbezieht.

Börsen-Zeitung, 29.11.2023